



## Erasmus Erklärung zur Hochschulpolitik (Allgemeine Strategie)

Die Hochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz (HöV Rheinland-Pfalz) sieht sich als Teil des Bologna-Prozesses und unterstützt das Ziel eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes. Als Hochhochschule mit dualen Studiengängen und einem hohen Spezialisierungsgrad in Studiengängen der öffentlichen Verwaltung, wird die Hochschule ihre Aktivitäten in Forschung, Lehre und Weiterbildung ständig verbessern.

Bei der Auswahl der Partnerinstitutionen für die Studierendenmobilität sind die Kompatibilität zu unserer Ausbildung hinsichtlich Inhalt und Struktur, den zu erwartenden Synergieeffekten zu unserem Studium und die Interessen und Bedürfnisse der Studierenden und der Dienstherrn ausschlaggebend.

In den dualen Studiengängen wird der Schwerpunkt der Mobilitätsmaßnahmen auf die Vermittlung und Durchführung von Praktika, sowie Studienfahrten im europäischen Raum liegen.

Die HöV legt hohen Wert auf die Qualität der Austauschbeziehungen. Schon jetzt gibt es Kooperationen mit europäischen und internationalen Verwaltungen und Instituten.

Durch das Erasmusprogramm soll die Verstärkung von Studienpraktika, Vorlesungen durch Dozentinnen und Dozenten der internationalen Kooperationspartner und grenzüberschreitende Wissensallianzen unterstützt werden.

Bei internationalen Kooperationsprojekten stellen wir die Infrastruktur unserer Hochschule und unserer Dozenten/Lehrbeauftragten zur Verfügung. Das Europabüro/akademische Auslandsamt übernimmt die Gesamtorganisation der Projekte (wie zum Bsp. Koordination der fachlichen Inhalte, Unterstützung bei der Vermittlung von Unterkünften, Transport oder kulturelles Rahmenprogramm). Mit Hilfe dieser Kooperationsprojekte soll die akademische Mobilität erhöht und die Europäisierung/Internationalisierung der Verwaltung, auch in Bezug auf die geographische Nähe zu europäischen Institutionen vorangetrieben werden.

Durch das Erasmusprogramm soll das internationale Profil der HöV noch stärker ausgebaut werden.

Die Mobilität von Studierenden und Lehrenden, die Verbesserung der Sprachkompetenz deutscher und internationaler Studierender, eine verstärkte Zusammenarbeit in Form von Gastvorlesungen im Ausland und Gastdozenten sollen den internationalen Wissenstransfer erhöhen.

Internationalisierung gewinnt auch bei einer Ausbildung, die vorrangig von den Anforderungen nationaler Dienstherrn der öffentlichen Verwaltung geprägt ist, immer mehr an Bedeutung. Weggefallene Grenzen zu den Nachbarländern und Migrationsbewegungen haben den Charakter der Arbeit in den Verwaltungsbehörden deutlich verändert.

Durch die Teilnahme am Erasmusprogramm ist beabsichtigt, die Steuerung und Finanzierung von Praktika im Ausland und Studienfahrten an europäische Hochschulen und Verwaltungen zu festigen und dauerhaft zu sichern, und somit gut qualifizierte, international erfahrene Menschen als zukünftige akademische Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung einzusetzen.